

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum ersten Mal ziehen wir mit diesem Lagebericht eine Zwischenbilanz für einen Doppelhaushalt. Ich stelle fest, dass sich die Erwartungen der Stadtverwaltung hinsichtlich einer höheren Effizienz beim Haushaltsvollzug erfüllt haben. Die Entlastungswirkung ist höher als der Mehraufwand im vergangenen Jahr, so dass die Stadtverwaltung tatsächlich entlastet ist.

Wichtig für Ihre kommunalpolitische Arbeit im Gemeinderat war die Zusage, jeweils im zweiten Jahr der Doppelhaushalte eine umfassende Aussprache zu wichtigen kommunalpolitischen Themen zu führen. Dieser Haushaltslagebericht bildet den Auftakt, die Generalaussprache ist für 6. November 2018 und eine Beratung über Haushaltsanträge am 27. November 2018 geplant. Parallel hierzu möchten wir zeitnah die Jahresabschlüsse 2016 und 2017 beraten.

## **I. Allgemeine Gesamtsituation**

Wir leben in bewegten Zeiten, die viele politisch denkende Menschen mit großer Sorge erfüllen. Nach schwierigen Verhandlungen wurde schließlich die Koalition aus CDU, CSU und SPD gebildet. Eigentlich sind die Rahmenbedingungen ausgezeichnet. Die Wirtschaft brummt im ganzen Land, die Arbeitslosigkeit bewegt sich selbst in strukturschwachen Gegenden auf niedrigstem Niveau, die Steuereinnahmen sprudeln und ermöglichen allen staatlichen Ebenen eine solide Finanzierung ihrer Aufgaben. Kurz: es geht uns richtig gut und dennoch erleben wir Wut und Hass, die rational eigentlich nicht zu erklären sind. In allen Bevölkerungsschichten herrscht das Gefühl, benachteiligt zu sein, unabhängig vom sozialen Status, vom beruflichen Erfolg oder vom persönlichen Wohlstand. Unsere Gesellschaft, die über Jahrzehnte von einer breiten Mitte profitiert hat und klare politische Verhältnisse gewohnt ist, zersplittert durch ein Erstarren der politischen Ränder und die Schwäche der Volksparteien.



Die Flüchtlingsfrage wird nach wie vor emotional geführt, obwohl die Anzahl der Flüchtlinge drastisch zurückgegangen ist. Die Integrationsprozesse verlaufen immer mehr in geordneten Bahnen und ich sehe gute Chancen, Flüchtlinge unserem Arbeitsmarkt zuzuführen. Dennoch wird Fremdenfeindlichkeit wieder salonfähig und der heftige Streit zwischen Bundeskanzlerin und Bundesinnenminister, an der die Unionsfraktionsgemeinschaft fast zerbrochen ist, oder die Debatte um Verfassungsschutzpräsident Maaßen, hat dies weiter befeuert. Die Aufmärsche von Chemnitz oder Klöthen waren ein weiteres Negativzeugnis und die Außendarstellung Deutschlands durch diese Fernsehbilder ist verheerend.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Straftaten müssen mit aller Konsequenz verfolgt und sanktioniert werden. Ein Flüchtling hat keinen Sonderstatus und muss, wenn er eine schwere Straftat begangen hat, zurückgeführt werden. Fremdenfeindliche Aufmärsche oder nationalsozialistische Hetzparolen sind dennoch nicht zu rechtfertigen.

Nach dem Motto: „Wer nicht meiner Meinung ist, hat Unrecht und muss weg!“ werden demokratische Grundwerte genauso missachtet wie moralische Werte wie Wahrheit, Anstand und Rechtschaffenheit. Fake-News haben als politisches Mittel hohe Akzeptanz gefunden und Politiker werden in einer häufig nicht mehr akzeptablen Art und Weise verunglimpft. Wir sind dabei, in wenigen Jahren unsere gesellschaftspolitischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu zerstören und das erfüllt mich mit großer Sorge und die Demonstrationen am vergangenen Wochenende zeigen, dass ich mit dieser Sorge nicht allein stehe.

Diese Situation überlagert die anstehenden Zukunftsdebatten: bezahlbarer Wohnraum, Verkehr und Mobilität, Bildung und Betreuung, öffentliche Sicherheit, kommunale Infrastruktur und Digitalisierung oder geordnete Staatsfinanzen.



Unsere Gesellschaft verändert sich und Veränderungsprozesse machen vielen Menschen Angst. Diese Ängste müssen politisch Verantwortliche auf allen Ebenen ernst nehmen und mit kontinuierlicher Sacharbeit Vertrauen schaffen. Komplexe Sachthemen eignen sich nur bedingt für bürgerschaftliche Diskussionsprozesse und die Bürger müssen Vertrauen in die Entscheidungen des Gemeinderats haben. Die Aufgabe der kommunalen Mandatsträger wird schwieriger, weil Entscheidungsprozesse immer schwieriger, der rechtliche Rahmen immer komplizierter und einfache Lösungen seltener werden.

Hinzu kommen viele politische Meinungsäußerungen aus Berlin und Stuttgart, die Bürger darin bestärken, ihre Eigeninteressen zulasten des Allgemeinwohls zu vertreten. Ich möchte beispielhaft auf die Schaffung von Bauland verweisen: sobald der Geometer den ersten Messstab steckt, kommen Unterschriften gegen eine Wohnbebauung und gegenüber der Kommunalpolitik wird Druck ausgeübt. Ich habe Verständnis dafür, dass man lieber neben einer Streuobstwiese statt neben Wohnhäusern wohnt, man eine gewachsene Nachbarschaft und geringen Parkdruck schätzt. Aber: ohne zusätzliche Wohnbauflächen lösen wir die drängenden Probleme vieler Menschen nicht und diese Verantwortung hat der Gemeinderat.

Ich bin vor einigen Wochen von einem Bürger angeschrieben worden, der mich gefragt hat, warum ich nur noch den Ausbau der Kinderbetreuung, die Schulsanierungen und den Wohnungsbau thematisiere und wann ich mal wieder etwas für den normalen Bürger mache. Selbstverständlich haben wir in den letzten Jahren Vieles für Einwohner ohne Kinder gemacht, z. B. Ausbau der Dienstleistungsangebote der Stadtverwaltung, Neubau Feuerwehrhaus, zusätzliche Pflegebetten, Erhalt der öffentlichen Infrastruktur usw., aber schon die Fragestellung zeigt: die Gestaltung der gesellschaftspolitischen Veränderungsprozesse sind einer steigenden Anzahl Einwohnern nicht so wichtig wie ihr persönliches Wohl und gerade dieser Haltung muss die Kommunalpolitik entgegentreten.



Dabei müssen wir unsere Bürger mitnehmen, z.B. bei der Entwicklung einer Mobilitäts- und Verkehrskonzeption. Am Ende müssen jedoch Entscheidungen des Gemeinderats stehen, die sich am Allgemeinwohl orientieren.

Dabei haben wir allen Grund zur Zuversicht: Plochingen ist eine dynamische Stadt, eine moderne Stadt, eine attraktive Stadt für unsere Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft. Dies zeigt sich am Zuzug vieler Menschen - Einzelpersonen, Ehepaare und Familien mit Kindern, jüngeren und älteren Personen - in unsere Stadt. Die Bevölkerungszahlen steigen weiterhin.

Plochingen profitiert aktuell auch von einer sehr günstigen, dynamischen Entwicklung der Wirtschaft. Dies zeigt sich in den zahlreichen Investitionen von Industrie, Gewerbe und Handwerk, zum Beispiel durch die Firmen Kaatsch, Salzgitter, Rhenus, Decathlon oder die Volksbank. Diese Firmen haben Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Plochingen. Dies ist keine Selbstverständlichkeit und die Analyse der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt, dass die weitere Entwicklung genau beobachtet werden muss. Sichere Arbeitsplätze sind die Voraussetzung für dauerhaften Wohlstand und schaffen Lebensperspektiven. Deshalb ist eine wirtschaftsfördernde Politik wichtig und ich sehe uns auf einem guten Weg.

In Zeiten der Vollbeschäftigung ist die Sicherheit der Arbeitsplätze nicht das überragende politische Thema. Da wir um das Auf und Ab der Konjunktur wissen, werden Arbeitsplätze in der Zukunft wieder einen höheren Stellenwert haben. Deshalb ist der vom Kreistag beschlossene Ausbau der Kreisverwaltung eine große Chance, die wir ergreifen müssen. Fast 500 saubere, krisensichere, emissionsarme Arbeitsplätze werden Plochingen auf Dauer positiv prägen. Perspektivisch erhoffe ich mir, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung mittelfristig Plochinger Bürger werden und sich in der Stadt einbringen, so wie früher Ärzte und Pflegekräfte hier gewohnt und sich oft ehrenamtlich engagiert haben.



Außerdem wird unsere zentralörtliche Bedeutung gestärkt. Ich erwarte eine positive Wirkung auf den Teckplatz als Nahversorgungszentrum. Natürlich müssen die Rahmenbedingungen stimmen, insbesondere sind die verkehrlichen Auswirkungen zu klären. Wir sind deshalb in Gesprächen mit der Kreisverwaltung, aber: diese Chance müssen wir nutzen.

## **II. Investitionen 2018/2019**

Einen Ausblick auf die Jahresabschlüsse 2016 und 2017 sowie auf den Vollzug des Doppelhaushalts 2018/19 wird Ihnen Beigeordneter Hanus anschließend geben. Weiterhin spiegelt sich die gute wirtschaftliche Lage auch im Haushalt wider. Obwohl wir die gute Auftragslage in der Bauwirtschaft spüren, sind wir seit der Verabschiedung des Haushalts auf einem guten Kurs und wollen diese erfolgreiche Arbeit konsequent fortsetzen.

Ich möchte dies an folgenden Projekten verdeutlichen:

### **Stadtverwaltung**

Mit der Sanierung des Rathauses I werden die Serviceleistungen der Stadtverwaltung deutlich verbessert und ein modernes Arbeitsumfeld geschaffen. Die Arbeiten sind Anfang August 2017 angelaufen und werden voraussichtlich bis Jahresende 2018 abgeschlossen werden. Der Kostenrahmen von 2,6 Mio. € wird aus heutiger Sicht eingehalten. Mittlerweile liegt auch eine Zusage für einen Zuschuss aus dem Ausgleichstock für finanzschwache Gemeinden in Höhe von 300.000 € vor. Nach Abschluss dieser Maßnahme wird dieses Gebäude wieder für lange Jahre seinen Zweck gut erfüllen. Parallel wurden die Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung im Kinderhaus Bismarckstraße deutlich verbessert.

## **Kinderbetreuung**

Der Neubau des Kinderhauses Am Johanniterpark wurde Anfang September 2018 begonnen. Aufgrund der deutlichen Baukostensteigerungen gehen wir mittlerweile von einem Investitionsvolumen von 4,2 Mio. € aus. Zuschüsse in Höhe von 675.000 € wurden mittlerweile bewilligt. Das Kinderhaus soll Anfang 2020 in Betrieb gehen und die Versorgungslücken schließen.

Der Ersatzneubau des Kindergartens Bühleiche ist im Zeitplan. Der städtische Finanzierungsanteil beläuft sich auf 1,158 Mio €, wobei wir Zuschüsse in Höhe von 325.000 € erhalten.

## **Schulen**

Schwerpunkt der Kommunalpolitik der vergangenen Zeit ist und bleibt die Generalsanierung des Unteren Schulzentrums. Vor den Sommerferien hat der Gemeinderat wichtige Beschlüsse gefasst:

Die Sanierung der Burgschule als künftige Realschule wird vorbereitet. Das Verbandsbauamt und das Architekturbüro Müller Benzing bereiten aktuell die Ausführungsplanung als Grundlage für die Ausschreibung der Baugewerke vor. Eingeplant für dieses Projekt sind 3,9 Mio. € Ausgaben und ein Zuschuss aus dem kommunalen Investitionsfond von 2,24 Mio. €.

Parallel soll das Hauptgebäude der Realschule als Ganztages-Grundschule ertüchtigt, der Pausenhof grundschulgerecht gestaltet und die Musikschule in das Gebäude Marquardtstraße 44 verlagert werden. Ziel ist es, dass die Schulen spätestens in den Sommerferien 2020 umziehen.

Für die Generalsanierung des Gymnasiums und des Unteren Schulzentrums sind im Doppelhaushalt 2018/2019 2,5 Mio. € Ausgaben und 700.000 € Zuschüsse eingeplant. In der mittelfristigen Finanzplanung sind für die Jahre 2020 bis 2022 je 4 Mio. € Ausgaben und 1,4 Mio. € Zuschüsse vorgesehen. Die Beträge dokumentieren die erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Geplant ist, am 6. November 2018 die Architekten- und Ingenieurleistungen sowie die Projektsteuerung zu vergeben.

Die Neugestaltung der Außenanlage der Panoramashule haben wir aus Kapazitätsgründen zurückgestellt.

### **Infrastruktureinrichtungen**

Wir müssen weiter in die kommunale Infrastruktur investieren.

Die Stadthalle ist der zentrale Veranstaltungsort in Plochingen. Wir werden Ihnen in nächster Zeit Vorschläge zur Verbesserung der Veranstaltungs- und Sicherheitstechnik sowie der sanitären Anlagen unterbreiten, die wir in den nächsten Jahren schrittweise realisieren wollen.

Der Feuerwehrbedarfsplan sieht die Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeuges LF 20 vor. Nachdem der Zuschuss von 90.000 € bewilligt ist, wird das Fahrzeug derzeit ausgeschrieben.

Für das Aufstellen von Stelen für das anonyme Grabfeld und das Anlegen von Baumgräbern auf dem Waldfriedhof sind die Aufträge erteilt und sollen im Herbst 2018 ausgeführt werden. Das Aufstellen der Urnenstelen ist noch in der technischen Abklärung. Im Haushalt stehen 90.000 € zur Verfügung. Ein langgehegter Wunsch vieler Bürger wird erfüllt. Aufgrund fehlender Personalressourcen mussten leider die baulichen Verbesserungen am Stadtfriedhof zurückgestellt werden.



**Rede Bürgermeister Frank Buß**

Neben den Investitionsaufwendungen sind auch in den Jahren 2018 und 2019 wieder zahlreiche Maßnahmen zum laufenden Erhalt der städtischen Immobilien und Infrastruktur notwendig. Der Gesamtaufwand der Bauunterhaltung beläuft sich auf rd. 1 Mio. €. Allerdings haben wir hier aufgrund personeller Engpässe Umsetzungsrückstände.

Der 2. Bauabschnitt Neubau Eisenbahnstraße vom Feuerwehrhaus bis zur Robert-Bosch-Straße mit einem Investitionsvolumen von ca. 2,2 Mio. € ist abgeschlossen. Die Planung des nächsten Bauabschnitts mit der Kreuzung Eisenbahnstraße-Wilhelmstraße soll jetzt vorangetrieben werden. Mittel in Höhe von ca. 1,7 Mio. € sind etatisiert. Beide Projekte werden mit Sanierungsmitteln gefördert.

Großes Augenmerk sind auf die notwendigen Sanierungen von Verkehrswegen zu legen. Die Sanierungsplanungen für Otto-Konz- und verlängerte Hafenbrücke sind in Vorbereitung. Bis Ende November 2018 soll der Zuschuss aus dem kommunalen Investitionsprogramm bewilligt sein. Für den Doppelhaushalt 2018/2019 sind Ausgaben von 1,65 Mio. € eingeplant; Baubeginn soll 2019 sein.

Mittel stehen auch für die Sanierung des Parkplatzes in der Häfnergasse und der Wiesbrunnenstraße zur Verfügung. Für die Häfnergasse sind die Planungen beauftragt. Aufgrund der fehlenden internen und externen Personalressourcen und den vollen Auftragsbüchern der Ingenieurbüros gehen die Planungsleistungen leider nur schleppend vorwärts.

Mit den Straßenbauprojekten einher geht der Ausbau der Breitbandverkabelung. Mit dem Beitritt der Stadt Plochingen zum Zweckverband im Landkreis Esslingen wurde ein wichtiger Schritt getan. Mit der Verlegung von Leerrohren schaffen wir die Voraussetzungen für die Verlegung von Glasfaser, wobei letztendlich der Anschluss der Wohngebäude der entscheidende Schritt ist. Augenmerk müssen wir auf die Verbesserungen bei Gewerbe und Handel legen, um so die Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg der Privatwirtschaft zu schaffen.





## **Städtebauliche Erneuerung**

Die Grundstücke der DB vor dem Bahnhof und entlang der Eisenbahnstraße zwischen dem Bahnhof und der Gaststätte Lamm haben wir mittlerweile erworben. Der weitere Ausbau der Eisenbahnstraße wäre möglich. Für den Abbruch der alten Bahngebäude und die Nutzbarmachung des Areals stehen im Doppelhaushalt 2018/2019 480.000 € zur Verfügung, denen wiederum Zuschüsse aus dem Sanierungsprogramm in Höhe von 288.000 € entgegenstehen.

Das Sanierungsprogramm „Bahnhofsquartier“ muss bis Frühjahr 2020 abgerechnet werden. Hier sieht die Stadtverwaltung einen Schwerpunkt für das kommende Jahr.

In der 1. Jahreshälfte 2018 wurden weitere Grundlagen für die Entwicklung des Sanierungsgebiets „Filsgebiet-West“ geschaffen. Die Wohngebäude Filsweg 7 + 7a sind bezogen. Das Wayss & Freytag-Areal ist erworben und steht für die weitere Entwicklung zur Verfügung. In der vergangenen Sitzung des ATU wurde der Aktionsplan Filsgebiet-West vorgestellt. Im Doppelhaushalt 2018/2019 sind für die Planungsprozesse rund 500.000 € eingeplant, der Zuschüsse in Höhe von 300.000 € entgegenstehen.

Auf das Problem „Wohnraum“ bin ich ja schon eingegangen. Spätestens das Gesamtstädtische Entwicklungskonzept verdeutlicht, welche Herausforderung dies ist. Folgende Entscheidungen laufen:

Das Umlegungsverfahren „Stumpfenhof Süd (2. BA)“ ist abgeschlossen. Die Erschließung der weiteren Bauflächen soll zeitnah angegangen werden. 2019 wird voraussichtlich die Firma Pflugfelder mit der Erschließung der Mittleren Halde beginnen und 16 Wohneinheiten schaffen. Die Sanierung und Aufstockung der Gebäude Eisenbahnstraße 62 + 64 ist im Bau. Für das „Hirschgrill-Areal“ hofft die Verwaltung, die Grundstücksverhandlungen noch in diesem Jahr abzuschließen, um dort innerstädtischen Wohnungsbau zu entwickeln.



Durch eine überschaubare Arrondierung soll für ca. 30 – 35 Wohnungen weiteres Bauland mit dem Areal „Bühl Nord“ geschaffen werden. Im benachbarten Areal „Bühl Süd“ möchte die Diakonie Stetten Betreuungsplätze für behinderte Kinder und Jugendliche schaffen.

Die Schaffung von Wohnraum muss mit einer Weiterentwicklung der Mobilitäts- und Verkehrskonzeption einhergehen. Ein erster Entwurf der Ausschreibung der Planungsleistungen hat die Stadtverwaltung eingebracht. Dieser Prozess soll durch eine aktive Bürgerbeteiligung begleitet werden und soll den Grundstein für künftige Investitionen legen.

### **III. Investitionsprogramm 2020 und Fortschreibung auf 2025**

Derzeit ist die Haushaltslage der öffentlichen Hand gut, auch in Plochingen. Dies darf uns jedoch nicht übermütig werden lassen! Gerade konjunkturell gute Zeiten bergen die Gefahr, Weichen falsch zu stellen. Wir haben gute Erfahrungen mit Investitionsplänen. Wie Sie den folgenden Folien entnehmen können, wurden viele Projekte der Investitionsplanung 2020 realisiert bzw. sind auf dem Weg. Konkret wurden von 26 Hochbauprojekten 18 fertiggestellt, 3 sind in der Realisierung und 5 zurückgestellt. 5 Tiefbauprojekte sind fertiggestellt, 3 sind in der Realisierung und 1 Projekt ist zurückgestellt. Beim Städtebau sind 2 Vorhaben fertiggestellt und 3 Vorhaben in der Umsetzung sowie 3 Beschaffungsmaßnahmen erledigt und 1 Beschaffung in der Ausschreibung. Darüber hinaus wurden in diesem Zeitraum weitere Projekte umgesetzt, z.B. der Neubau der Gebäude Filsweg 7 + 7/1 oder innerstädtische Wohnbauprojekte.

Es ist also an der Zeit, den Investitionsplan fortzuschreiben und somit die anstehenden Vorhaben zu priorisieren und kommunalpolitische Leitplanken zu setzen. Die nachfolgende Liste benennt die Themen, die uns voraussichtlich beschäftigen werden, wobei die Realisierung von den personellen und finanziellen Ressourcen und von der Verfügbarkeit externer Ingenieur- und Bauleistungen abhängt.



**Rede Bürgermeister Frank Buß**

Der Investitionsplan ist ein Instrument zur politischen Steuerung, der Themen und Status auf einen Blick aufzeigt und später im Haushalt konkretisiert wird. Ich möchte auf die wichtigsten Projekte im Planungszeitraum bis 2025 hinweisen:

Die Sanierung des Unteren Schulzentrums mit Gymnasium, Realschule und Burgschule wird uns sicher über das Jahr 2025 hinaus intensiv beschäftigen. Die Vorbereitungen für den Schultausch Realschule – Burgschule laufen. Mit der Sanierung der Burgschule wollen wir noch im Sommer 2019 beginnen. Der Neugestaltung des künftigen Grundschulpausenhofs werden Sie heute zustimmen. Die Architekten- und Ingenieurleistungen für die Sanierung des Gymnasiums sollen am 6. November 2018 vergeben werden, um im Herbst 2019 über die Sanierungsplanung mit Kostenberechnung und Bauzeiten zu entscheiden. Aufgrund der Rahmenbedingungen des kommunalen Investitionsfonds besteht Eile, um die beantragten Fördermittel tatsächlich zu verbauen. Weitere Förderanträge sind zu stellen, und um die finanzielle Beteiligung der Umlandkommunen zu werben.

Ein weiterer Schwerpunkt wird der Erhalt der kommunalen Infrastruktur sein, der eng mit Veränderungen im Mobilitätsverhalten unserer Einwohner verbunden ist. Der Gemeinderat wird in seiner Sitzung am 6. November 2018 die Ausschreibung einer Mobilitäts- und Verkehrskonzeption auf den Weg bringen, die im guten Bürgerdialog entwickelt werden muss und Basis für künftige Investitionen sein wird. Dies gilt insbesondere für die sanierungsbedürftige Hindenburg- und Marquardtstraße, deren künftige Funktion zunächst geklärt werden muss. Bis dahin stehen mit den Sanierungen der Brücken, des Parkplatzes Häfnergasse, der Wiesbrunnenstraße usw. einige Aufgaben an. Im Fokus sind jedoch auch Angebote zum Umstieg, z.B. auf den ÖPNV oder auf das Fahrrad oder die Frage, wie Verkehrsstrecken vermieden werden können.

Im Auge müssen wir die städtischen Liegenschaften behalten. Neben den angesprochenen Projekten sind dies die Schafhausäckerhalle oder das Technische Rathaus.



Impulse bei der städtebaulichen Entwicklung geben weitere Themen vor. Das Sanierungsgebiet Filsgebiet wird planerisch vorbereitet, um Gewerbe- und Wohnbauflächen zu aktivieren, und soll bis 2028 umgesetzt werden. Das Sanierungsgebiet Bahnhofsquartier läuft aus und ein Folgeprogramm zur weiteren Entwicklung der Innenstadt muss mit auf den Weg gebracht werden, um den Bereich zwischen Bahnhof und Waldhorn voranzubringen.

Innerörtliche Areale wie in der Brühlstraße müssen ebenso für den Wohnungsbau entwickelt werden wie Bühl Nord oder perspektivisch die Schafhausäcker. Gerade das letztgenannte Areal scheint mir sehr geeignet, Wohnen mit Arbeiten zu verbinden bzw. durch die Schaffung von Nahversorgungsangeboten den Einkaufsverkehr in die Innenstadt zu reduzieren.

Die weiteren Maßnahmen sind in der Präsentation dargestellt. Diese Liste zeigt die Richtung auf und setzt Prioritäten, muss jedoch atmen und den jeweiligen Rahmenbedingungen angepasst werden. Die laufenden Projekte sind finanziert und der Ausblick auf den nächsten Doppelhaushalt stimmt aus heutiger Sicht zuversichtlich. Wie lange die Wirtschaft so gute Zahlen schreibt, ist jedoch schwer prognostizierbar.

#### **IV. Fazit**

Der Doppelhaushalt 2018/2019 schafft die Grundlage für wichtige Zukunftsinvestitionen. Die Stadtverwaltung sieht sich bei der Umsetzung der Projekte auf einem guten Weg. Angesichts der zahlreichen Aufgaben werden klare Prioritäten gesetzt, um die vorhandenen Ressourcen optimal einzusetzen. Sorge bereitet nach wie vor das strukturelle Defizit, das durch das Kinderhaus am Johanniterpark vergrößert wird. Deshalb darf die gute finanzielle Lage nicht zum großzügigen Umgang mit öffentlichen Geldern verleiten.



Schon jetzt müssen Ausgaben überprüft und deren Mittel und langfristige Finanzierbarkeit gewährleistet sein, um Hypotheken für die Zukunft zu reduzieren. Gleichzeitig müssen die organisatorischen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Stadt Plochingen auch in Zukunft ihre Aufgaben auf hohem Niveau und zuverlässig erfüllen kann.